

Zu Beginn der längeren Aussprache schildert der Bürgermeister die momentane Unterbringungssituation:

- 6 gemeindliche Unterkünfte
- 18 Wohnungen angemietet
- 2 Hotels bzw. Pensionen als Zwischenlösung immer wieder angemietet
- 2 Personen privat untergebracht
- 3 Asylbewerber wurden in Familien zusätzlich aufgenommen.

Der Bürgermeister geht auf die Mail der Bezirksregierung betr. die zusätzliche Unterbringung von 70 Personen ein. Heute habe dazu eine Besprechung aller 19 Kommunen beim Landrat stattgefunden. Die Gemeinde Eitorf habe mitgeteilt, dass sie sich nicht in der Lage sehe, im Rahmen von Erstaufnahmeeinrichtungen tätig zu werden und zu diesem Zweck eine Notunterkunft bereitzustellen. Dies sei so auch dem Kreis und der Bezirksregierung kommuniziert worden. Die Fehlanzeige bezüglich Erstaufnahmeeinrichtung sei somit erfolgt. Gleichwohl müsse man ständig aufgrund der zugewiesenen Flüchtlinge (Erstaufnahme bereits erfolgt) neue Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen. Man sei jetzt am Ende der Kapazitäten. Somit werde man auf die Turnhalle am Eichelkamp in nächster Zukunft zugreifen und diese entsprechend herrichten müssen. Bezüglich der „zugewiesenen“ Flüchtlinge habe man keine Entscheidungsfreiheit und sei in der Pflicht.

Vor diesem Hintergrund äußert der Bürgermeister an die Ratsmitglieder aber auch an alle Eitorfer Bürgerinnen und Bürger die Bitte, zu prüfen, ob Wohnraum zur Anmietung angeboten werden kann.

Bei dieser Gelegenheit möchte er ein ganz dickes Lob an jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter der Verwaltung aussprechen. Jeder wachse in der jetzigen Situation über sich hinaus. Dies sei auch ämterübergreifend zu verstehen und nicht nur in Bezug auf das Sozialamt. Man habe notstandsähnliche Zustände. Teilweise würden – zumindest zurzeit – auch pflichtige Aufgaben aufgeschoben. Im Grunde fahre man auf der allerletzten Rille. Von daher werbe er auch bei Öffentlichkeit um Verständnis, wenn das ein oder andere nicht sofort umgesetzt werden kann. Den personellen Engpässen steuere man entgegen, z.B. mit Aufstocken des Überstundenrahmens oder anderen Maßnahmen, wie z.B. das Zurückholen von Kräften der ARGE. Dies aber koste auch wieder Geld. Dazu kämen organisatorische Maßnahmen. Auf Frage von Herrn A. Finke, wie sich dies perspektivisch entwickle, erklärt der Bürgermeister, dass man dies momentan gar nicht beantworten könne.

Herr Dr. Finke stellt verschiedene Verständnisfragen, die der Bürgermeister beantwortet. Insbesondere skizziert der Bürgermeister den Unterschied zwischen Flüchtlingen Erstaufnahmelager und zugewiesenen Flüchtlingen. Im Erstaufnahmelager würden die neu ankommenden Flüchtlinge registriert und erfasst sowie ärztlich untersucht. Die Weiterverteilung erfolge dann über das Land, respektive die Bezirksregierung. Bei diesen „zugewiesenen“ Flüchtlingen entfalle das gesamte Verfahren der Erstaufnahme. Für die zugewiesenen Flüchtlinge sei man weitestgehend gerüstet. Im Kollegenkreis habe man die Mitteilung der Bezirksregierung so verstanden, dass diese für Menschen gelte, die noch nicht in die Erstaufnahme gelangt seien. Da für eine solche Erstaufnahme keinerlei Ressourcen vorhanden seien, habe man diesbezüglich Fehlanzeige erstattet. Gleichwohl seien die zugewiesenen Flüchtlinge ebenfalls unterzubringen. Vereinzelt gebe es Kommunen, die noch Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen könnten.

Herr A. Finke ist guter Hoffnung, dass die Verfahren künftig schneller durchgeführt werden. Die CDU-Fraktion – und er denke, dass er im Namen aller Fraktionen spreche – danke der Verwaltung für die geleisteten Arbeiten in diesem Umfang. Er werbe für Verständnis für die erforderlichen Maßnahmen. In seiner Familie habe man sich auch mit dem Thema auseinandergesetzt. Es gelte beispielsweise nicht den Missstand durch ausgefallene Volleyballstunden zu beklagen, sondern gemeinsam mit der Mannschaft eine Art Willkommenskultur zu schaffen. Man könne das Kennenlernen der anderen Menschen und anderer Kulturen auch als Gewinn sehen. Es gehe um die Aufrechterhaltung einer Gastgeberkultur. Dafür werbe er.

Setze man Einwohnerzahl und Verwaltungsmitarbeiter ins Verhältnis, so Herr Droppelmann, müsse man der Verwaltung hervorragende Arbeit attestieren. Vor dem Hintergrund der Verwaltungsvereinfachung geht er auf die elektronische Gesundheitskarte ein. Wachtberg, Swisttal und Bad Honnef hätten diese bereits eingeführt.

Der Bürgermeister verweist auf einen vorliegenden SPD-Antrag. Aus zuvor geschilderten Gründen habe man sich noch nicht tiefergehend mit dem Thema auseinandergesetzt. Frau Zorlu ergänzt, dass man das Thema beobachten und mit entsprechenden Erfahrungen zu gegebener Zeit in den Fachausschuss gehen solle.

Tendenziell, so der Bürgermeister, sei er aus bestimmten Gründen gar nicht so sehr für die Karte. So sei die Gemeinde als Herausgeber der Karte für zwei Jahre haftbar für alles, was auf diese Karte an Leistungen in Anspruch genommen wird. Die Inhaber der Karten kenne man nicht gut genug und diese würden ggf. weiterreisen. Dies berge auch ein Risiko des Missbrauchs. Das Ordern eines Scheines hier im Hause sei immer noch ein kleines Regulativ, dass man erhalten solle.

Herr Droppelmann stellt dem entgegen, dass die Karten räumlich begrenzt seien. Bei Abrechnung nach Sozialamtsschein erfolge die ärztliche Honorarabrechnung oft nach den zulässigen Höchstsätzen, bei der Karte hingegen nur nach Faktor 1.

Im Ergebnis wird festgestellt, das Thema soweit möglich im angesprochenen Sinne zu verfolgen.

Frau Miethke bezieht sich auf die Beschlussempfehlung in der Vorlage und fragt nach dem Sachstand bezüglich der Container.

Der Bürgermeister erklärt, dass man bei der damaligen Vorlage von einer begründeten Lieferfähigkeit ausgegangen sei. Dies habe sich aber geändert.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass im ersten Step die Unterbringung von 24 Personen vorgesehen war. Bei der derzeitigen Marktlage könne er keine belastbare Prognose zur Inbetriebnahme machen; sicher sei dies erst mit Aufstellung. In dem Zusammenhang wird auf die starke Bewegung am Markt und die Systematik „Angebot und Nachfrage“ hingewiesen. Herr Strack ergänzt, dass der Preis nach der letzten Ratssitzung doppelt so hoch gewesen sei, wie zuvor angekündigt. Ähnlich verhalte es sich mit Wohnraum, der von privater Hand angeboten würde. Mit Blick auf die Turnhalle erklärt er, dass man prüfe, für das Gymnasium in der anderen Halle zumindest in einem gewissen Rahmen Ersatz zu schaffen. Zusichern könne man aber noch nicht.

Herr Bönisch bedankt sich bei Frau Kampas, die durch ihren großen Einsatz der Jungen Union die Möglichkeit eingeräumt habe, zu helfen. Außerdem möchte er wissen, wie man sich die Bestückung der Halle vorstelle.

Der Bürgermeister verweist auf verschiedene Notwendigkeiten, wie die Einrichtung und die Bestückung mit einem geeigneten Fußbodenbelag. Die Koordination müsse vom Personal geleistet werden. Man betrete Neuland und müsse Erfahrungen sammeln.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass Arbeiten so weit wie möglich an Unternehmen vergeben werden. Er verweist auf eine im Rhein-Sieg-Kreis verteilte Checkliste. Löse man hieraus das Segment „Erstregistratur“ heraus, habe man einen sehr guten Leitfaden und Ablaufplan. Anhand dessen sei zu prüfen, was selber machbar und was an Unternehmen zu vergeben sei. Diese Leistungen seien nicht so spezialisiert wie z.B. Wohncontainer. Man rede über Handwerk, das in aller Regel regional verfügbar sei. Das Auftragsmanagement liege bei den Kollegen.

Herr Müller fragt, wie lange die Halle in Anspruch genommen werden muss und ob dadurch die Sanierung des Hermann-Weber-Bades betroffen ist.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass ihm an der Sanierung des Bades sehr gelegen sei. Über einen Zeitrahmen könne man keine Angaben machen. Wichtig sei, sehr schnell bundesweit genügend Wohnraum zu schaffen.

Herr Liene sieht Emotionen in beide Richtungen – auf der einen Seite Chancen, auf der anderen Seite Ängste. Es gehe darum, Transparenz zu schaffen. Daher habe die FDP einen Fragenkatalog mit neun Schwerpunkten (Alter, Bildung, Sprache, bisheriger Beruf, Herkunftsland, Konfession, Wunsch Rückkehr, Nachzug geplant, prozentualer Anteil der Abgelehnten) erarbeitet. Er bittet die Verwaltung, die Fragen zu beantworten, z.B. zur nächsten Ratssitzung.

Der Bürgermeister hält die Beantwortung der Fragen ebenfalls für wünschenswert. Allerdings sei im Moment nicht absehbar, wer sich damit beschäftigen soll. Er bittet, den Fragenkatalog schriftlich einzureichen.

Herr Thienel spricht die personelle Situation an und verweist u.a. auf die Erkrankung von Mitarbeitern. Mit dem Thema sollte sich der Personalausschuss befassen, insbesondere mit Blick auf Neueinstellungen. Er verweist auf die Aktion des Landes, Frührentenempfänger anzuschreiben. Es hätten sich hunderte gemeldet. Diese könnten 20 Stunden arbeiten, ohne dass dies Auswirkung auf ihre Rentenzahlungen hätte. Es fehle diesbezüglich aber an der richtigen Koordination durch den mit der Sache betrauten Regierungsbezirk Arnsberg. Die Rentner sollten ortsnahe eingesetzt werden. Auch dies könnte man im PA thematisieren. Im ABV sollte man überlegen, welche Grundstücke der Gemeinde noch bebaubar sind. Mit Blick auf das niedrige Zinsniveau sei dies zu überlegen.

Der Bürgermeister teilt kurz mit, dass insbesondere eine maßgebliche Personalentscheidung in diesem vierten Quartal 2015 getroffen werden soll. Bei Entscheidungsreife erfolgt die Einbindung des Ausschusses.

Herr Sterzenbach erklärt, dass lediglich ein Grundstück für eine mögliche Bebauung im angesprochenen Sinne infrage kommt. Allerdings gelte es auch immer abzuwägen, ob man baue oder miete. Zudem komme der Zeitfaktor hinzu. Neue Grundstückskäufe beabsichtige man zurzeit nicht.

Auf Frage von Frau Pipke wird verwaltungsseitig bestätigt, dass das Haus Siegstr. 162 inzwischen bezogen wurde. Frau Pipke regt an, bei größeren Objekten an Ankauf zu denken und die erforderlichen Umbau- bzw. Renovierungsmaßnahmen durchzuführen.

Herr Sterzenbach teilt mit, dass man den Maklermarkt seit Monaten sehr genau beobachtet.

Frau Pipke verweist auf den Aspekt, bei einer Ersteinrichtung eine 100%-Erstattung zu erhalten. Sie fragt, ob dies keine Überlegung wert sei.

Der Bürgermeister bekräftigt nochmals, dass sich die Frage der Ersteinrichtung aus genannten Gründen nicht stelle. Insofern erübrige sich auch, über die gestellte Frage nachzudenken.

Frau Miethke bezieht sich auf die Tischvorlage und fragt, wie lange die Ergänzungsregelung gelten soll.

Herr Strack erklärt, dass man sich ständig darum bemühe, weitere Räume anzumieten, ggf. auch größere mit der Zielsetzung, die Halle wieder freizumachen. Allerdings sei dies zeitlich nicht voraussehbar. Der Bürgermeister ergänzt, dass seitens des Rates ja jederzeit ein Antrag gestellt werden könne, die Änderung der Zuständigkeitsordnung wieder aufzuheben.